

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 154.

zu Nr. 140 des Hauptblattes.

1922.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 15. Juni.)

Abg. Renner (Kom.):

(Fortsetzung.)

Die Regierung, die jetzt besteht, hat den General Reichardt trotz seiner Lebensgeschichte, trotz seiner treuen Bezeichnung gegenüber der Regierung (Abg. Dr. Dehne: Sprechen Sie doch deutsch! — Heiterkeit.) so lange im Amte gelassen, bis er es selbst vorgezogen hat, zu gehen. Sie hat alle die reaktionären Polizeioffiziere, die Polizeileutnants und Polizeihauptmänner, denen nachgewiesen ist, daß sie mit den konterrevolutionären Organisationen in allen Ecken Sachsens in enger Verbindung stehen (Sehr richtig! bei den Kom.), auf ihrem Posten gelassen, und sie hat die Kommissare eingesetzt, ohne ihnen ein möglichst weitgehendes Mitbestimmungsrecht zu geben. (Sehr gut! bei den Kom.) Und wie sieht es nach den Ausführungen des Hrn. Ministerpräsidenten von heute? Die größte Aufgabe sehen die Kommissare auch heute noch darin, den Schwamm für das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft darzustellen. (Sehr richtig! bei den Kom.) Die Stellung der Kommissare muß geändert werden, und der Antrag des Abg. Casan, der im Haushaltsausschuß A beantragte, daß das Einlegen der Polizei nur mit Genehmigung der Kommissare erfolgen darf, wird eine kleine Erweiterung der Rechte der Kommissare bringen, wird aber auch noch nicht die Gewähr geben, daß die Polizei nicht mehr wie bis dato gegen die Arbeiterschaft wütet und losgeht, denn der Kommissar sitzt nur bei den einzelnen Stellen der Polizei, während bei der Einlegung der Polizei der Nachhabende eines bestimmten Grades bestimmend ist, und jedesmal die Polizei von diesem Nachhabenden, nicht, wie Hr. Ministerpräsident sagt, in nichtprovisorischer Weise, sondern in sehr provisorischer Weise eingesetzt wird. Wir sehen, daß die Polizei zusammenrückt mit den Demonstranten und Passanten und mit der Arbeiterschaft in Hunderten von Fällen in Sachsen, daß sie an allen Ecken und Enden und häufig Stellung nahm gegen die Arbeiterschaft. Ich habe selbst erlebt, daß bei einer sehr harmlosen Demonstration von 60 Jugendlichen, die aus einer Versammlung nach Hause gingen, die Polizei in Dresden in Stärke von 40 Mann aufbrach und mit dem Sammelpunkt herumspazierte, um wieder eine Prügelei zu beginnen, die nur durch unser Dazwischentreten verhindert wurde. Die Polizei hat sich sehr oft provokatorisch gegenüber der Arbeiterschaft verhalten, und da es notwendig ist, daß gegen dieses Verhalten der Polizei Sicherungen geschaffen werden, und diese Sicherungen sind nur dann möglich, wenn eine tatsächliche Reorganisation der Polizei eintritt, und zwar in einem Maße, das weitreichender ist, als wie der Hr. Ministerpräsident gesagt hat.

Wir Kommunisten haben deshalb eine Anzahl Anträge unterbreitet. Wir verlangen, daß die Gehälter der Offiziere gesenkt werden. Wir verlangen, daß ebenfalls die Ausgaben für Waffen und Munition gesenkt werden. Daß die Beweistung von Schusswaffen unter allen Umständen zu erfolgen hat, und wir wünschen dann, daß eine weitere Befugnis der Kommissare und Sicherung der Landespolizei dadurch herbeigeführt wird, daß an die Stelle des Chefs der Landespolizei einer der bei der Landespolizei angestellten Kommissare zu treten hat. Der Hr. Minister hat zwar erklärt, daß die Stelle des Chefs der Landespolizei eine reine Verwaltungsstelle sei, aber das wird auch eine Aufgabe der Kommissare sein, von dieser Verwaltungsstelle aus die Befehlsbefugnisse, das Auslösen der Polizei usw. zu übernehmen und durchzuführen. Wir haben verlangt, daß die Offiziere aus den Kreisen der Mannschaften gewechselt werden. Wir sind der Ansicht, daß dies sehr wohl möglich ist, und daß sie ihre Befehle nur mit Zustimmung der Beamtenschaft durchführen dürfen. Der Hr. Minister hat gesagt, beides wäre unmöglich. Die Offiziere müßten vorgelesen sein und ihre Entschlüsse frei fassen können. Das ist zugegeben, daß sie ihre Entschlüsse vielleicht in einzelnen Situationen frei fassen müssen, aber daß sie keine Entschlüsse fassen werden, die sich gegen die Arbeiterschaft richten, die Gewähr ist uns nur gegeben, wenn die Offiziere gleichzeitig das Vertrauen der Mannschaften besitzen; wenn sie sich verantworten müssen vor den Beamtenschaftlichen, so gibt das die weitere Gewähr dafür, daß sie nicht gegen die Interessen der Arbeiter handeln. Das sind im Interesse der Arbeiterschaft notwendig durchzuführende Maßnahmen. (Sehr richtig! bei den Kom.)

Der Hr. Minister hat nun erklärt, daß er eine Verordnung herausgegeben habe, die eine Reorganisation der Polizei darstellen soll und daß es der Anregung der Kommunisten gar nicht bedürftig hätte. Diese Verordnung ist aber vollständig ungenügend, weil sie positiv nur eine Modernisierung bringt. Die Polizei, die sich in Sachsen befindet, ist abgetrennt von der Bevölkerung, von der Arbeiterschaft sozial und recht nur unter dem Einfluß der Offiziere und wird beeinflusst im reaktionären Sinne. Sie kommt nicht mit dem Geist der Arbeiterschaft genügend in Berührung, und nur dadurch, daß die Reorganisation aufgehoben wird, ist die Möglichkeit eines engeren Zusammenarbeitens gegeben. Die Verordnung des Hrn. Ministerpräsidenten bringt praktisch keine Ausbesserung der Reorganisation. Wo 4 dieser Verordnung verlangt ganz klar und deutlich, in welchem Geiste die Regierung die Umorganisation der Polizei auszuführen hat, nämlich militärische Übungen bleiben nach wie vor verboten, die Übungen sind nur darauf zu reduzieren, den Beamten die erforderliche praktische Kenntnis darin zu verschaffen, in welcher Weise

gegen erregte Volksmassen, gegen räuberische Banden, gegen Massen bewaffneter Kämpfer einzuschreiten ist, besonders in welcher Weise das Krümen und Abhören von Straßen und Plätzen vorzunehmen ist. Der Paragraph läßt die ganzen Sachheiten der jetzigen Polizei bestehen. Er gibt nicht im geringsten auf, was die jetzt zu den Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeiterschaft geführt hat, im Gegenteil, er sanktioniert das Provokationsrecht der höheren Offiziere und beauftragt die untere Beamtenschaft, den Provokationsbestrebungen der höheren Beamten nachzukommen. (Abg. Dehne: Ministerpräsident als Reaktionär!) Die Regierung hat nichts getan, was notwendig ist, um eine energische Umkehrung der Beamtenschaft durchzuführen. Wenn die Beamtenschaft in einem anderen Geiste erzogen werden soll, ist es notwendig, daß man Beamte einstellt, die schon vorher in der Schule der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung gewesen sind, die der gewerkschaftlichen Bewegung einige Zeit angehört haben, damit sie etwas gelernt haben, was den Beamten jetzt abgeht, damit sie gelernt haben, Solidaritätsgefühl mit der Arbeiterschaft zu bekommen.

Wir Kommunisten sehen auf dem Standpunkte, daß die staatliche Polizei nicht von und demüßigt werden kann einer Regierung, die nicht energisch genug eine Umorganisation und Reformierung der Polizei durchführt. Eine besondere Gefahr für die Arbeiterschaft besteht darin, daß das Einlegen von geschlossenen Verbänden mehr und mehr möglich ist. Ich will nicht auf die Begründung der Vorlagen, die sich mit der Verstaatlichung der Polizei befassen, der Vorlagen Nr. 15 und 129 usw., eingehen, aber in all diesen Vorlagen ist ganz klar und deutlich geschrieben, daß die verstaatlichte Polizei einen Erfolg bei allen Heres darstellen sollte. (Sehr richtig! bei den Kom.) Ich brauche das nicht zu zitieren, wenn es bestritten wird, bin ich aber bereit. Man hat alle die von und gestellten Anträge und Beschlüsse abgelehnt, und wir können und deshalb nicht entschließen, einer Verstaatlichung der Polizei zuzustimmen. Wir müßten der Polizei nicht die Möglichkeit geben, zentral und geschlossen zusammengeführt zu werden, um geschlossen gegen die Arbeiterschaft eingesetzt zu werden, und wir müßten den politischen Einfluß auf die Polizei dadurch, daß sie den Kommunen bleiben, verstärken. Die bisherige Taktik der sozialistischen Regierung gibt uns nicht die geringste Gewähr, daß sie eine verstaatlichte Polizei so benutzen würde (Zuruf bei den Dem.: Wie es den Kommunisten gefällt!), wie sie es im Interesse der Kommunisten tun müßte, sondern im Gegenteil, ich komme da immer wieder auf die Ausführungen des Hrn. Ministerpräsidenten von vorn zurück, wo er deutlich und klar bewiesen hat, wie er die Aufgaben der Polizei ansieht. (Sehr richtig! bei den Kom.) Die Kommunisten können es nicht verantworten, daß die Polizei so aufgehoben wird. (Zuruf bei den Dem.: Vor wem denn?)

Der Hr. Ministerpräsident hat am Ende seiner Rede mit einer wunderbaren Geste und Gebärde gesagt, daß jetzt die große Koalition von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen hergestellt sei und daß man daraus die notwendigen Schlüsse ziehen müsse. (Abg. Müller: Das machen Sie eben nicht!) Ich habe vorher gesagt und bewiesen, daß die Kommunisten diese Regierung in allen kritischen Situationen gestützt haben, daß sogar in einer der letzten Sitzungen mein Fraktionskollege Siwertz den Hrn. Ministerpräsidenten gegen die Angriffe der Bürgerlichen verteidigen mußte wegen seiner Sozialisierungsrede, weil der Hr. Ministerpräsident selber nicht die Courage aufwachte, sich genügend politisch zu verteidigen. (Lachen.) Das war bisher die Unterstützung der sozialistischen Regierung durch die Kommunisten, die sich in allen kritischen Situationen mit aller Kraft für die Erhaltung der Regierung eingesetzt und den Angriffen des Bürgerturns entgegengetreten hat. (Abg. Dr. Dehne zu den Kom.: Nützt Sie das immer noch nicht!) Die Regierung hat aber nicht, auf die Unterstützung der Kommunisten stehend, eine Politik getrieben, die im Interesse des Proletariats gegeben und notwendig war, sondern sie hat es durch ihre schwächliche Haltung ermöglicht, daß die Angriffe des Bürgerturns frecher und frecher werden konnten. (Lachen rechts), daß alle paar Tage die Bürgerlichen mit Anfragen und Anträgen im Landtage auftraten, ganz genau wissend, daß sich vor dem etwas energischen Auftreten des Hrn. Abg. Ventler der Hr. Ministerpräsident sehr schnell in die Reserve zurückzog.

Stellv. Präsident Dr. Wagner (unterbrechend):

Hr. Abg. Renner! Wegen Ausdrücke, wie freche Angriffe gegenüber Parteien außerhalb des Hauses kann ich nicht einschreiten, aber wenn Sie die Anträge als frech bezeichnen, so darf das nicht in Bezug auf die Fraktionen des Landtages geschehen.

Abg. Renner (fortfahrend):

Hr. Präsident! Sie haben den Ausdruck gesagt, aber das Auftreten der Bürgerlichen, speziell das Auftreten des Hrn. Abg. Ventler war so, daß ich keinen anderen Ausdruck dafür finden kann.

Stellv. Präsident Dr. Wagner

ruff den Abg. Renner wegen dieser ausdrücklichen Behauptung des Ausdrucks, bezogen auf ein Mitglied des Hauses, zur Ordnung.

Abg. Renner (fortfahrend):

Das Auftreten der Bürgerlichen wurde immer frecher, das zeigen die Aufmärsche bei den Regimentstagen, bei den Gardebereitungen, das zeigen die Aufmärsche bei den Orchestervereinigungen,

bei der Gründung des Nationalen Soldatenbundes, das zeigt der Aufmarsch, der am vorigen Sonntag in Dresden stattgefunden hat, wo bei dem Gardebereitungen eine Schwadron der Reichswehr bewaffnet mit demonstriert hat, das zeigt der Aufmarsch, der gestern beim Feldbahntage stattgefunden hat, das zeigt die Unmenge der in der nächsten Zeit einberufenen Regimentstage nach Leipzig, Chemnitz, Dresden, Tharandt, Freiberg usw. Die Regierung hat gegen diese sich immer steigenden Provokationen nichts unternommen, um die Gefahr, die durch diese orgelohrührerische Tätigkeit von seiten der Bürgerlichen für die Arbeiterschaft entsteht, abzuwehren. (Abg. Dr. Dehne: Sie leiden ja an Berfolgungswahn!) Die Regierung hat dadurch, daß sie in ihrer Einstellung im Parlament und außerhalb des Parlamentes zurückgewichen ist vor den Bürgerlichen, die Arbeiterschaft geschwächt. Die Kommunisten haben im Laufe der Jahre, in denen sie die sozialistische Regierung unterstützt haben, der Regierung sehr oft Anträge und Beschlüsse unterbreitet, um einerseits der Arbeiterschaft zu helfen und andererseits die Basis, auf der die Regierung steht, fester zu machen. (Zuruf rechts: Na, na!) Aber diese Anträge sind abgelehnt worden, und zwar immer durch die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen zusammen. Das war die Koalition und Regierungsbündnis, auf der im sächsischen Landtag die sächsische Regierung ihre Politik durchführt. (Abg. Müller [Leipzig]: Die hat Ihr unterstützt!) Sie hat die kommunistische Unterstützung nur dann gesucht, wenn sie von den Bürgerlichen verlassen wurde. Sie hat die ihr gegebene Frist nicht benutzt, um Arbeiterpolitik zu treiben, sie hat im Gegenteil alles getan, um den Einfluß der Bürgerlichen größer werden zu lassen, ganz getreu dem Prinzip, nach dem der Hr. Minister in der Sitzung, die wir gemeinsam gehabt haben, erklärt hat: Ich suche mir meine Mehrheit, wo ich sie finde. (Abg. Schirch: Das bringt der viel besser als Du, Rudolf!) Der Hr. Ministerpräsident hat am Schluß seiner Rede es als etwas ganz Wünschenswertes hingestellt, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen zusammengehen sollen und den Landtag auflösen. (Minister des Innern [Leipzig]: Ich habe Ihnen Glück gewünscht zu der Reife mit den Deutschnationalen. — Abg. Siwertz: Danke schön!) Es wird auf das selbe herauskommen, dieses Wünschenswerten zur Reife mit den Deutschnationalen. Ich wäre an der Stelle des Hrn. Ministerpräsidenten mit einem solchen Wünschenswerten etwas vorsichtiger gewesen, denn die ersten Worte seines Vortrages waren das Werden, mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Reife fortsetzen zu können, was man bisher gefahren ist. (Abg. Schirch: Sehr richtig!) Das muß unbedingt klar gestellt werden. (Sehr richtig! bei den Kom.) Es muß gesagt werden, daß die Regierung es verdammt hat, die ihr aufgetragenen notwendigen Arbeiten zu erfüllen. Der Hr. Minister hat in seinen Ausführungen demonstriert wollen vor der Öffentlichkeit des sächsischen Volkes, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen gemeinsame Sache machen, und so die Unterstützung der Bürgerlichen werden. Der Hr. Minister tut sich, wenn er glaubt, das beweisen zu können. Das Entgegenkommen der kommunistischen Partei, das Entgegenkommen der kommunistischen Landtagsfraktion, das Entgegenkommen der Kommunisten überhaupt der Regierung und den sozialistischen Parteien gegenüber ist so weitgehend, daß es sich fast gar nicht mehr mit ihren politischen Ansichten verantworten läßt. Die Kommunisten haben in der Tat den sozialistischen Parteien mehr als einmal Vorschläge gemacht zum gemeinsamen Einmischenarbeiten. Die kommunistische Partei hat den sozialistischen Parteien angeboten, eine Einheitfront gegen die Angriffe des Bürgerturns herzustellen, hat den sozialistischen Parteien angeboten, dem Volkbegehren und dem Auflösungsantrag der Bürgerlichen mit der Auflösung des Landtages zu begegnen und eine Kampffront der sozialistischen Parteien gegen das Bürgerturn herzustellen, um eine Verbreiterung der Arbeiterbasis im sächsischen Landtag herbeizuführen. (Abg. Müller: Das würde eine schöne Front werden!) Die sozialistischen Parteien haben diese Vorschläge abgelehnt, sie sind unter den jetzigen Verhältnissen im allgemeinen auf die Bürgerlichen gestützt und sind einmal in Kontakt mit den Kommunisten zurückgetreten, um weiter arbeiten zu können, um die kommunistische Fraktion als Stütze für die Politik, die nicht im Interesse der Arbeiter gemacht worden ist, zu erhalten. Die sozialistische Regierung hat alle die Möglichkeiten, die sie hätte benutzen können, nicht ausgenutzt. Sie ist bei der Polizeifrage außerordentlich ängstlich vorgegangen, und ihre gefahrensgegebene Berordnung zeigt mit aller Deutlichkeit, wie ungenügend sie arbeitet. Der Hr. Minister hat gesagt, daß bei der Polizei eine Anzahl Inspektoren und Oberwachmeister zu Offizieren befördert worden sind. Mir ist mitgeteilt worden, daß im Polizeipräsidium Dresden, anstatt einen vorzüglichen Wachmeister zu befördern, der mit der Arbeiterschaft in enger Beziehung steht, alle reaktionäre Leute befördert worden sind. Es ist aber noch weiter schreckend, daß auf allen den Posten der Polizeipräsidien in Sachsen die alten Reaktionskräfte sitzen. (Minister des Innern [Leipzig]: Wo denn nur? — Abg. Müller [Leipzig]: Beweisen Sie einmal eine konkrete Tatsache!) In Dresden sitzt auf dem Posten des Polizeipräsidiums der Polizeipräsident Grille, auf der Abteilung 6 sitzt der Polizeinspektor Postelt und der Regierungsrat Groß, und diese Leute sind es, die die gesamte Spitzelarbeit im sächsischen Staate unterhalten. Es ist schrecklich worden, daß auf diesen Posten eine umfangreiche Bespitzelung der Arbeiterpar-

teien stattfindet, daß ein umfangreiches Material dort zusammengetragen und gesammelt wird über die Arbeiterparteien. Es ist Tatsache, daß in keiner einzigen Arbeiterpartei gesprochen werden kann, sei es in einer öffentlichen Versammlung, nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch bei den Freidenkern, bei den Unabhängigen und bei den Sozialdemokraten, ohne daß ein paar Tage später ganz ausführliche und offizielle Berichte bei der Polizei liegen. Das ist ganz klar festgestellt. Da gibt es nichts zu befehlen. Wir haben, um diesen Treibern etwas entgegenzusetzen zu können, gefordert, daß auf die Nachrichtenstellen Kommissare gelegt werden. Das wurde abgelehnt.

Wenn wir also die gesamte bisherige Politik der Regierung verfolgen, so finden wir, daß ihre Tätigkeit am allerwenigsten darauf eingestellt worden ist, praktisch etwas für die Arbeiterschaft heranzuführen. Die ganze Haltung der Regierung bei der Beratung der Polizeivorlage läßt uns nicht darauf schließen, daß sie die Absicht und den Willen hat, ihre bisherige Tätigkeit zu ändern. Sie könnte einen solchen Willen nur durchzuführen, wenn sie sich eine Position schafft, auf der sie stehen könnte und von der aus sie den Reaktionsparteien entgegenzutreten und dieselben bezwingen könnte. Die Regierung lehnt es ab, sich eine solche Position zu schaffen. Die kommunistische Partei hat den sozialdemokratischen Parteien vorgeschlagen, daß die Regierung eine Position zum Schutze der Arbeiterrechte und zum Ausbau der Arbeiterrechte schaffen möchte durch eine Betriebsräteversammlung, durch Betriebsräte, denen das Mitbestimmungsrecht und das Beratungsrecht zugesichert wird. Diese Position der Betriebsräte bietet die einzige Gewähr dafür, daß die Regierung gegen die Angriffe der Reaktion und der Konterrevolution bestehen kann und daß die Arbeiterschaft in die Lage versetzt wird, aufzutreten und sich verteidigen zu können. (Zuruf links: Die wollen aber davon nichts wissen!) Die Betriebsräte wollen nichts davon wissen? Ja, die Betriebsräte wollen schon etwas davon wissen. Daß die Chemnitzer Betriebsräte einen anderen Beschluß gefaßt haben, sagt für die Stellung der gesamten Betriebsräte an und für sich noch gar nichts. (Lachen rechts), aber bezeichnend ist, daß die Sozialdemokratische Partei es nicht will. Die kommunistische Partei muß es ablehnen, so wie bisher weiter zu verfahren, und ich habe im Namen der kommunistischen Fraktion und der kommunistischen Partei folgende Erklärung abgegeben (Abg. rechts):

Einundneunzig Jahre haben die Kommunisten die sozialistische Regierung in Sachsen unterstützt und ihr jede Hilfe gegen das Bürgerturn geleistet. (Zuruf: Das werden sie auch weiter tun!) Die Regierung hatte reichlich Gelegenheit, die Interessen des Proletariats mit Energie zu vertreten. Sie hat jedoch durch ihr Ausweichen das Bürgerturn zu den sich steigenden Angriffen gegen die Interessen des Proletariats ermutigt. Die Verantwortung für die zunehmende Verschlechterung der Position der sozialistischen Regierung tragen die Regierung und ihre Parteien. (Abg. Müller [Leipzig]: Das rettet Euch nicht mehr!) Den Vorstoßen der Reaktion muß begegnet werden durch die Mobilisierung der Massen. (Zuruf, hört! rechts.) Die Regierung kann den Kampf gegen die besitzende Klasse nur mit Erfolg führen, wenn sie sich starke außerparlamentarische Stützpunkte in den Betriebsräten schafft.

Die sozialistische Regierung und ihre Parteien haben es abgelehnt, die Arbeiterschaft in größerem Umfange wie bisher zu Entscheidungen heranzuziehen. Die Regierungsparteien sind nicht gewillt, einen Betriebsrätekongreß für Sachsen über Lebensfragen des Proletariats zu befragen. (Lachen links.) Der Arbeiterschaft fehlen mithin reale Garantien dafür, daß die von den Kommunisten bewilligten Mittel im Interesse des Proletariats verwendet werden. Die bisherigen Attacken der Polizei gegen die Arbeiterschaft machen aber die Schaffung solcher Garantien unbedingt notwendig.

Die kommunistische Partei lehnt deshalb der Regierung die Mittel zur Erhaltung der Polizei ab. (Bravo! bei den Kom. — Abg. Sudor: Wer hat denn das fabriziert? — Abg. Dr. Dehne: Die besitzende Klasse verrät, daß es nicht hier gemacht ist. — Zuruf: Vielleicht in Berlin oder Moskau?)

Abg. Müller (Dsch. Sp.):

Der Hr. Minister hat das bedeutende Wort gesprochen, daß diejenigen, die die längsten Reden über die Polizei halten, davon am wenigsten verstehen. (Große Heiterkeit.) Meines Erachtens hat die längste Rede der Hr. Kollege Casan gehalten, aber dann kam gleich der Hr. Minister des Innern. (Sehr gut! rechts. — Abg. Casan: Das beweist, daß es Ausnahmen gibt von der Regel. Zuruf rechts: Au!) Der Inhalt der Rede des Hrn. Ministers fand aber in ungenügendem Verhältnis zur Länge seiner Rede. Der Hr. Minister des Innern hat sich bemüht, den Bürgerlichen Parteien und den von ihnen vertretenen Volksfreien einen Widerspruch daraus herzuleiten, daß sie für eine Verhärtung der Polizei eingetreten sind und daß sie heute das Statutkapitel 43 ablehnen wollen. Die Logik ist nicht gerade zwingend. (Lachen links.) Wir sind für die Verhärtung der Polizei eingetreten, aber es kommt nicht bloß darauf an, wie groß die Polizei ist, sondern darauf, wie die Polizei ist. (Sehr richtig! rechts.) Und in dem gegenwärtigen Zustande, da müssen wir schon sagen, können wir in der Polizei nicht dasjenige Instrument erblicken, das wir für den Schutze der Einwohnerschaft brauchen. (Abg. Liebmann: Also Kompanie Renner-Müller!) Der Hr. Kollege Jäger ist ja auf die Bedenken

Es ist von Herrn Kollegen Blüher auch die Frage des Generals Reichardt hier mit angezogen worden. Der Herr Reichardt hat auf die wiederholte Frage, ob der Gesundheitszustand Reichardts der Entlassungsgrund gewesen sei, geantwortet, daß diese Tatsache festzustellen sei, daß ein anderer Grund nur ganz wenig mit in Betracht komme.

Wenn nun erklärt worden ist, daß die sozialistischen Parteien, speziell die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten verschiedentlich ihre Pflicht den Arbeitern gegenüber nicht getan haben, wie es der Herr Abgeordnete anbrachte, so muß ich sagen, wenn man vom 7. Dezember des Jahres 1920 bis auf den heutigen Tag die Verhandlungen sich vergegenwärtigt und wenn man einmal nachprüft, in welcher Form gerade die Kollegen des Herrn Abgeordneten ihre Arbeit gemacht haben, so wird man anerkennen müssen, daß sie ein ganzes Stück weiter mit uns gegangen sind, daß sie jedoch in letzter Zeit glaubten, auf ihre Macht noch aufbauen zu können, an uns heranzutreten und wenn wir mit aller Gewalt annehmen sollten. Wir lassen uns aber über die Maßnahmen, die wir im Interesse der Arbeiterschaft für notwendig halten, nicht von dritter oder vierter Seite Vorschriften machen, sondern richten uns da nach unserem Parteiprogramm und prüfen, ob und inwiefern dieses dem Interesse der Arbeiterschaft im allgemeinen entspricht. Bei einiger Nachprüfung wird man anerkennen müssen, daß nicht wir, die sozialistischen Parteien und speziell meine Partei gegen die Interessen der Arbeiter sich vergangen haben, sondern daß im Gegenteil eine ganze Reihe von Maßnahmen hier nicht durchgeführt werden konnten, weil die Vertreter der kommunistischen Partei glaubten, es nicht mit ihrer Anbahnung vereinbaren zu können, sich mit uns in eine Linie zu stellen und mit uns an einem Strang zu ziehen. Die Kommunisten tragen also selbst die Schuld, wenn nicht richtig im Interesse der Arbeiter gearbeitet werden konnte.

Im Übrigen beantragen wie zu Kap. 48 selbst ebenso wie zu einigen anderen Aufträgen namentliche Abstimmung.

Herrmann (Dtsch. Sp.):

Ich unterbreite zunächst die Ausführungen meines Fraktionskollegen Blüher, der hier für die Polizei ist, daß wir für die Ausbildung der Polizei eintreten und daß wir für die wirtschaftliche Erhebung und mit allen Mitteln einwirken wollen, daß wir auch für die Bekämpfung des politischen Schwerges sind, wo er gebraucht wird, daß wir aber dagegen sind, daß auf der Polizei in Sachsen ein sozialistisches Nachströmung geschaffen werden soll für die jetzige sozialistische Regierung. Das müssen wir ablehnen. Eine Polizei darf nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt werden, denn sozialistischer Geist ist nach unserer Auffassung ein ganz einseitiger Geist, der im Klassenkampfgedanken verankert ist. Der Klassenkampfgedanke wird aber nicht einmal von der Mehrheitssozialdemokratie aufgegeben. Wenn ein solcher Geist mit den Klassenkampfgedanken in die Polizei hineingetragen werden soll, dann ist es für uns ein für allemal ausgeschlossen, daß die Polizei zu einem Instrument gemacht wird, das die Interessen des gesamten Volkes zu schützen imstande ist. Dieser sozialistische Geist wird oft benannt damit, es sei der republikanisch-sozialistische Geist, den man haben müsse. Hier und besteht zwischen beiden ein großer Unterschied; wir können sie nicht identifizieren und gleichsetzen; für uns ist sozialistisch noch nicht wahrhaft demokratisch. Das zeigt uns die sozialistische Regierung von Tag zu Tag immer wieder.

Wir wenden uns bei der Polizei vor allen Dingen gegen die Kommission, die tatsächlich eine besondere Einrichtung in Sachsen sind. Im Reich werden sie am 1. Oktober verschwinden. In Thüringen sind sie auch nicht mehr da. Die Kommission sind ein unndütiges Einschleichen zwischen den Mannschaften und den Führern der Polizei. Das kann nicht geteilt werden. Nach den Anweisungen, die die Regierung für die Kommission herausgegeben hat, muß man feststellen, daß tatsächlich ein Spitzeltum vorhanden ist. Es wurde vom Herrn Minister Lipinski gesagt, daß ich davon gesprochen hätte, man wolle die Polizei sozialisieren. Einen solchen Vorschlag habe ich niemals ausgesprochen; ich habe aber davon gesprochen, daß auf Grund der Lebenslage und Schriften, wie sie im Reichsbürgerlichen Unterricht gelehrt werden, die Methode nicht anders zu verstehen ist, als daß der sozialistische Geist, die sozialistische Welt- und Lebensauffassung in die Köpfe der Polizeibeamten hineingehämmert werden soll. Weiter soll ich gesagt haben, in Weissen sollte eine sozialistische Lehreinrichtung geschaffen werden. Das ist mir im ganzen Leben nicht eingefallen. Ich habe gesagt, die Regierung trägt sich mit dem Plan, in Weissen eine Polizeischule zu errichten, und dort wird die Hauptsache sein, den Reichsbürgerlichen Unterricht im Sinne der sozialistischen Richtung, von der die Regierungsdirektoren heute in Sachsen getrieben werden, in die Köpfe hineinzuhämmern, und ich habe gesagt, das können wir nicht mitmachen. Man soll mir doch also nicht andere Vorwürfe unterlegen, als ich gesagt habe.

Dann ist gesagt worden, daß in der Polizei heute noch viel reaktionäre Offiziere vorhanden wären. Das betonte Herr Abgeordnete. Wir haben bei der Untersuchung in Chemnitz nicht einen Fall festgestellt. (Herr Abgeordnete: Leutnant Schöke!) Leutnant Schöke ist jedoch aus der Polizei beurlaubt worden, und damit war die Reinigung der Polizei in Chemnitz vollzogen.

Desweit habe ich mich über den Ausbruch des Herrn Ministers Lipinski, daß er sagte, in einer Verammlung kann jeder Staatsbürger seine Meinung frei äußern. Ich würde mich noch mehr gefreut haben, wenn er gesagt hätte: Es muß auch jeder Redner und jeder Abgeordnete in einer Versammlung den nötigen politischen Schutz haben. Was wir heute erleben, sieht allerdings dagegen. Wenn ein kommunistischer Aufgebot den Staat besetzt und wenn ein Abgeordneter der kommunistischen Fraktion unter diesem kommunistischen Aufgebot ist, so ist es

sehr leicht und billig, den Sieg zu erheben gegen einen Debattierenden, dem man das Wort an den Kopf schlägt und dem man Rednerarten sagt, die aufstrebend wirken. Da muß ich sagen: Wo bleibt der geistliche Schutz eines Abgeordneten oder Redners, mag er von links oder rechts sein? Ich würde mich freuen, wenn in irgendeiner Beziehung hier etwas geschähe. Da müßte eigentlich sehr bald einmal eine Vernehmung erfolgen werden. (Herr Abgeordnete: Nein, nein! — Sura! bei den Kom.: Wir schießen und so ganz wo!)
Dann sagte der Herr Minister Lipinski, infolge der großen Teuerung und Verarmung müßte es möglich sein, daß es zu irgendwelchen Forderungen und Aufständen der Arbeiter käme, und er beabsichtigte zu erklären, daß das eine Folge der agrarischen Notpolitik sei. Da möchte ich doch feststellen, mit welcher Zurückhaltung die ganze Frage begründet wird. Wir wissen, daß wir die ganze Teuerung niemand weiter zugeschrieben haben als dem Feindbund durch den Friedensvertrag von Versailles. Das Reich darf keine Zuschüsse mehr zu Getreide geben, und so ist es selbstverständlich, daß eine noch größere Teuerung eintritt. Sollten wir den Friedensvertrag von vornherein abgelehnt, hätten wir nicht die Erfüllungspolitik getrieben, so wären wir nicht in das Elend dieser Zeit hineingekommen. Aber hier eine Politik für die Arbeiter zu machen, das ist einseitig und kurzfristig. Das Landwirtschaft jetzt auf die Weltmarktpreise gekommen sind, das können Sie leinern verhehlen. Warum soll die eine Schicht zurückgehen und die andere, die auf dem ganzen Volke liegen, allein tragen?

Zur Fragefrage möchte ich sagen: Für mich ist die schwarz-weiß-rote Politik nicht die Frage der Monarchie, sondern die Frage der größten Epoche der Geschichte unseres deutschen Volkes. Ich habe nichts dagegen, wenn auf der anderen Seite die rote Flagge getragen wird. Nicht frage für die Bürgermeister von Weiden: Was würden Sie tun, wenn zu einer allgemeinen freien Zeit des Volkes die rote Fahne mit dem Schwert zum Fenster herausträngen und bei langem mittragen würden? Da habe ich geantwortet: Das hört mich gar nicht, das können Sie tun, aber ebenso verlange ich, daß ich als Privatmann meine Flagge zum Fenster herausträngen lasse, wenn ich es für notwendig halte und wenn ich von der Stadt dazu aufgefordert werde zu sagen.
Wir müssen zur Volksgemeinschaft kommen! Die Volksgemeinschaft kann man nicht durch die sozialistische Wirtschaft einführen. Die Volksgemeinschaft wird auf ethisch-religiöser Grundlage kommen. (Lachen links.) Da können die Linksparteien machen, was sie wollen, trotz ihrer Theorie und Dogmen wird das nicht anders werden. (Herr Abgeordnete: Das ist Recht!) Wir werden es vielleicht noch erleben, daß unser Volk sich auflöst, und wir werden sehen, nach welcher Seite die größere Zahl im Volke sich neigt. (Bravo! rechts.)

Herrmann (Dtsch. Sp.):

Der Herr Minister Lipinski hat mit einem gewissen Gleichgewicht und vorurteilvollem Tone davon gesprochen, daß meine Fraktion durch ihren Vorschlag selber erklärt habe, sie sei bereit, die Staatsnotwendigkeiten zu bewilligen. Diese Erklärung ist gegeben, aber der Herr Minister Lipinski muß es sich schon gefallen lassen, daß wir die Staatsnotwendigkeiten nach ihrer Wichtigkeit und Bedeutung selbständig einschätzen und sie je nach ihrem Verdienste behandeln. Da sind wir der Ansicht, vielleicht im Gegensatz zum Herrn Minister Lipinski, daß die oberste Staatsnotwendigkeit, hinter die alles zurücktreten darf, jetzt die ist, das Ministerium zu beurlauben, weil es nicht mehr verfassungsmäßig ist, weil es nach unserer Überzeugung nicht nur das Vertrauen unserer Häuser nicht mehr hat, sondern auch nicht das Vertrauen des Landes. Wir halten diese Aufgabe für die allerwichtigste und bedeutungsvollste. Genaß ist die Polizei eine wichtige Sache im Staat. Aber es ist schon gesagt worden: Es kommt ja schließlich darauf an, in wessen Händen sich die Polizei befindet, und wir halten die Hand unseres Herrn Polizeiministers als unbedingt nicht für die geeignete und für diejenige, die das Volk mit Vertrauen und Frieden erfüllen könnte.

Der Herr Abgeordnete hat in einem heroischen Kampf gegen den Herrn Minister angekämpft und der Herr Abgeordnete hat sich wieder selbst in seinen Worten gegen den Herrn Abgeordnete gewendet. Ich muß gestehen, daß wir mit einer gewissen inneren Beiseitigkeit diese Kämpfe der sozialistischen Decker angesehen haben. Wir glauben nicht, daß der ganze Kampf zwischen der äußersten Linken und dem linken Zentrum und dem Herrn Minister Lipinski Ehrlichkeit besitzt, und es wird der Tag kommen, wo sie sich verabschiedet werden in der Arme jenseit. Wir werden auch darüber nicht weinen. Aber wir erklären, daß der Herr Abgeordnete recht hat, wenn er sagt: Wir lehnen es ab, dem Ministerium die Gelegenheit zu geben, einmal mit der Linken gegen rechts und einmal mit der Rechten gegen links zu regieren. Das lehnen wir auch ab. Das werden wir nicht wieder tun. Wir werden in allen Fällen gegen das Ministerium stimmen, ganz gleichgültig, ob mit Kommunisten oder ohne Kommunisten.

Der Herr Minister des Innern Lipinski hat dann von einer agrarischen Notpolitik gesprochen. Wir ist nicht recht verständlich, was er damit meint. Ich kann mir eine Preispolitik denken, aber die Preispolitik wird nicht von Agrarern gemacht. Ich möchte ihn aber einmal etwas anderes fragen. Der Herr Minister Lipinski weiß wahrscheinlich, daß neben den Notpreisen auch die Höchstpreise außerordentlich getrieben sind und daß das Holz ein genau so dringender Bedarfsartikel für unsere arme Bevölkerung ist wie das Brot. Warum wendet er sich nicht gegen die Preispolitik unserer staatlichen Forstverwaltung? Was würde unser Herr Finanzminister sagen, wenn wir ihm zumuten wollten, sein Holz zu anderen als zu den Marktpreisen zu verkaufen? Mit genau so wenig Recht kann man den so Agrarern, denen, die das Brot erzeugen, zumuten, andere Preise zu nehmen, als sie der Markt und die Welt erfordern.

einzelnen Positionen vorgeföhren, aber die erst in den Funktionen noch berufen werden sollte. Die Dann ist noch von den Regimentsleuten die Rede gewesen. Ich muß sagen, die Stellungnahme des Herrn Minister Lipinski zu diesen Regimentsleuten hat mich angenehm überrascht, aber ich glaube, hier liegt der Knüttel beim Hund. Ich möchte behaupten, der Herr Minister Lipinski handelt da aus politischer Klugheit, nicht aus innerer freudiger Überzeugung. Er weiß ganz genau, daß er hier nicht anstreifen darf, daß er da auf Widerstände stößt, die vielleicht auch für ihn unüberwindlich sind. Die Regimentsleuten sind keine politische Angelegenheit, aber wir an diese Regimentsleuten rührt, der rührt an Kräfte und Willenskräfte unseres Volkes, die vielleicht härter sind als der Wille unseres Herrn Ministers. (Sehr richtig! rechts.)
Ich glaube, wir werden noch erleben, daß auch die Polizeifrage erledigt wird, ohne daß es zu einem großen Abbruch kommt. Vielleicht überlegt sich die Regierung die nächsten Dienstag oder Donnerstag, was sie tun will, und vielleicht gelingt es ihr noch, die Herren Kommunisten zu fangen. Sollte es ihr nicht gelingen, so ist allerdings die Zeit gekommen, wo sich die Regierung lösen muß, jetzt müssen wir gehen, denn eine Regierung ohne Polizei und ohne Justizetat kann nicht weiter existieren. Wir hoffen, daß sie dann die notwendigen Konsequenzen ziehen wird. Wir erwarten das auf bestimmte, denn wenn sie es nicht tut, handelt sie verfassungswidrig. (Bravo! rechts.)

Herrmann (Dtsch. Sp.):

Meine Vorleser werden sich in den Streit der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten nicht einmischen, ich will nur einige Feststellungen machen im Hinblick auf die Äußerungen des Herrn Kollegen Kemmer. Er hat behauptet, er hätte den sozialdemokratischen Parteien eine Einheitsfront vorgeschlagen, daß wir gemeinsam den Landtag auflösen, um dann das Proletariat zu vertreten, und wir hätten dieser Aufforderung nicht Folge geleistet. Ich stelle fest, nicht er hat diese Aufforderung an uns ergangen lassen, sondern die Berliner Zentrale hat sie an uns ergangen lassen. (Lachen bei den Kom.) Wir haben diese Aufforderung deshalb abgelehnt, weil gegenwärtig eine große Reihe von für die Arbeiterschaft wichtigen Fragen zur Beratung, Schulbedarfsgesetz, Altersversorgungsgesetz, Gemeindeförderung usw., und weil wir nicht wollen, daß derartige wichtige Gesetze in ihrer Beratung gehemmt würden und so das Proletariat geschädigt würde. Und die Kommunisten waren auch genug, sich dieser besseren Erkenntnis zu heugen und mit uns gegen die Auflösung des Landtages zu stimmen.

Eins muß aber den bürgerlichen Parteien gegenüber einmal festgestellt werden, die Tatsache nämlich, daß ohne dieses Regime, das gegenwärtig besteht, wir ganz andere Störungen der Wirtschaft erlebt hätten. In diesen ein- und zwanzig Jahren des so verhassten sozialistischen Regimes haben wir in Sachsen bei einer am besten organisierten Arbeiterschaft und einem gut organisierten Unternehmertum die allerwichtigsten wirtschaftlichen Kämpfe und Unruhen im ganzen Reich gehabt. Das mag eine unangenehme Feststellung sein, aber ich stelle das fest, um zu zeigen, welche unheilvolle Spiel die bürgerlichen Parteien treiben.

Herrmann (Dtsch. Sp.):

Ich möchte nur eine Feststellung machen auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Herrmann. Er hat erklärt: Die Teuerung verdanken wir nur dem Feindbund. (Herr Abgeordnete: Dem Friedensvertrag!) Er hat erklärt: Die Teuerung verdanken wir nur dem Feindbund und der Friedenspolitik. (Herr Abgeordnete: Und dem Friedensvertrag!) Warum frage ich das jetzt? Weil die Sowjetzentrale in Sachsen, die den Kampf der bürgerlichen Parteien für das Volksgesetz führt, der Herr Abgeordnete erklärt hat, an der Teuerung und der Wirtschaftskrise ist die sächsische Regierung schuld. Und sie erklärt wieder auf Plakaten, die an den Dittschjulen stehen: Wir führen den Kampf gegen diese Regierung, um eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen und das System der Teuerung zu brechen. Ich stelle hier fest, daß Herr Dr. Herrmann, Mitglied der Deutschen Volkspartei des sächsischen Landtages, dieses Schwindelmandat dieser Zentrale öffentlich als Unwahrheit gekennzeichnet hat.

Herrmann (Dtsch. Sp.):

Ich veranlassen die Ausführungen des Herrn Ministers zu den Regimentsleuten, zu erklären, daß die von uns eingenommene Stellung vollständig berechtigt ist. Es ist geradezu unerhörte, wenn ein Minister, der die Arbeiterinteressen vertreten soll, erklärt, daß er aus allgemeiner philosphischer Gerechtigkeit nicht gegen die Organisationsmaßnahmen und die Organisationsmaßnahmen etwas unternehmen will. Er hat unter allgemeiner Zustimmung der bürgerlichen Parteien mit wachsendem Ansehen des Herrn Abgeordneten erklärt, daß er die Regimentsleuten gefalle, weil jenseitiger Auffassung nach die notwendige Konsequenz wäre, auch die roten Fahnen der Sozialdemokraten, die Gewerkschaften und die Kommunisten zu verbieten. Es ist etwas wesentlich anderes, ob Arbeiterparteien demonstrieren, ob Arbeiterparteien fahren tragen, ob Arbeiterparteien Aufzüge haben und den Kampf des Proletariats mobilisieren, um die Erzeugnisse der Revolution zu festigen und weiterzuführen, oder ob die Organisationsmaßnahmen, um den Kampf gegen die Arbeiterschaft durchzuführen und eine Diktatur des Kapitals aufzurichten. Eine Arbeiterregierung, eine sozialistische Regierung und ein unabhängiger sozialistischer Minister, der auf dem Programm seiner Partei stehen, hat den Kampf um die Räte, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesen Freiheiten mit aller Energie entgegenzutreten. Er hat weiter die Pflicht und Schuldigkeit, wenn er diesen Aufmarsch unterdrückt hat, mit genau derselben Energie und Kraft an der Mobilisierung, an der Stärkung der Position der Arbeiterschaft

zu arbeiten. Das, was Herr Minister Lipinski gesagt hat, ist der Standpunkt eines guten Demokraten, der zu der Partei des Herrn Dr. Dreyer gehört, aber nicht zur Partei der Arbeiter. Das ist eine Schädigung der Arbeiterinteressen.

Ich möchte dann noch ausdrücklich hervorheben, daß die Meinung, die wir in unserer Erklärung zum Ausdruck gebracht haben, die Auflösung der kommunistischen Landtagsfraktion, der kommunistischen Partei von Sachsen und auch der gesamten kommunistischen Partei überhaupt ist.

Dann hat der Herr Minister Lipinski gesagt, daß die Kommunisten im Hinblick auf die Beratung über die Gemeindeförderung mit den bürgerlichen Parteien zusammengegangen wären. Ich kann das nicht unüberprüfbar lassen. Es ist lediglich so, daß durch die Ungeklärtheit des Bewusstseins des Ausschusses es den bürgerlichen möglich gewesen ist, die Abstimmung so zu handhaben, daß wir ebenfalls die Regierungsvorlage ablehnen mußten, weil nicht zunächst über die Änderungsanträge abgestimmt wurde. Es ist das also nicht weiter als eine Hochmut, der Öffentlichkeit aufzutreten zu wollen, daß die Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Liebmann (Unabh.) auf die letzten Ausführungen des Vorredners und dem Schlußwort des Berichterstatters Casan (Soz.), der auf die Ausführungen der einzelnen Debattierenden kurz eingeht, wird zunächst der Ausschuh Antrag I über den Rechnungsjahresbericht angenommen.

Zum Staatshaushaltsplan 1921 werden Kap. 47, 47a, 47b und 49 nach den Ausschuh Anträgen II unter a angenommen, Kap. 48 abgelehnt, ebenso die Minderheitsanträge Nr. 1 und 2, und zwar Nr. 1 zugleich für 1922.

Zum Staatshaushaltsplan 1922 wird Kap. 47 nach dem Ausschuh Antrag II unter b Nr. 3 angenommen, § 3 des Gesetzentwurfs über den Staatshaushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1922 nach dem Ausschuh Antrag II unter b Nr. 4 mit den Minderheitsanträgen Nr. 6 unter a und b abgelehnt; ebenso Kap. 47a abgelehnt. — Die Abstimmung über den Minderheitsantrag Nr. 6 unter b 1 hatte sich durch Ablehnung des Minderheitsantrags Nr. 6 unter a erledigt. — Kap. 47b wird nach den Ausschuh Anträgen II unter b Nr. 2 und 3 angenommen, Minderheitsantrag Nr. 1 hierzu abgelehnt, Kap. 48 Tit. 1 in namentlicher Abstimmung mit 47 Stimmen der Linken gegen 46 der Rechtsparteien angenommen, die übrigen Einstellungen bei Kap. 48 aber mit 55 Stimmen der Rechtsparteien und der Kommunisten gegen 38 Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen abgelehnt. Die Abstimmung über Minderheitsantrag Nr. 6 unter b 2 hatte sich durch die Ablehnung des Minderheitsantrags Nr. 6 unter a erledigt. — Kap. 49 wird nach dem Ausschuh Antrag II unter b Nr. 3 angenommen. Von den Entschließungsanträgen werden die Minderheitsanträge Nr. 4 und 7 abgelehnt, dagegen die Ausschuh Anträge unter III Nr. 1, 2 und 3 angenommen, endlich die Ausschuh Anträge zu den Eingaben unter IV a und b angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung: Zweite Beratung über Kap. 58 (Armenfrankenpflege und sonstige Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt) des Rechnungsjahres 1918 und 1919 sowie über Kap. 58 A und B der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 (Wohlfahrtspflege und Fürsorgeerziehung) und die hierzu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 727) und Punkt 3, Anfrage des Abgeordneten Ebert u. Gen., die Behandlung von Fürsorgeerzöglingen betreffend. Drucksache Nr. 529) werden zusammen behandelt.

Die Anfrage Nr. 529 lautet: Zu Nr. 5 des „Kämpfer“ vom 4. Januar 1922 befindet sich folgende Note:

Wahrscheinlich Kinder in Ketten.
Ein Beitrag zum Kapitel „Kinder in Ketten“.
Ein erschütterndes Bild sozialen Elendes bot sich am Dienstag, den 4. Januar nachmittags dem Helmsender auf dem Bahnhof Bautzen (Wagz.). 3 Zöglinge der Fürsorgeanstalt Johannisbergstraße Nr. 10 vom 9. bis 13. Jahren, die sich wahrheitsgemäß in holländischer Schulzeit nach Eltern und Geschwister aus der Kasse entfernt hatten, erwarteten ihren Rücktransport durch einen Kutscher aus der Kasse. Mit Ketten zusammengegeschlossen, in leichter Kleidung, vor Kälte und Hunger zitternd, banden sie die Hände an die Hüften vor dem lieblichen Empfang, der sie erwartete, deutlich aus den kleinen Gesichtern zu lesen war.

Ist dieser Vorgang der Regierung bekannt? Hat sie sofort die dringende notwendige Untersuchung eingeleitet? Was hat sie zur Befreiung der an diesem Verbrechen Schuldigen getan?
Welche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um in Zukunft dergleichen schandliche Vorgänge zu verhindern?

Zu Punkt 3 erhält das Wort
Berichterstatterin Dr. Frau Böttner (Soz.):
Die erste Ausschuhberatung dieses wichtigen Kap. 48, die Wohlfahrtspflege und Fürsorgeerziehung betz., fand am 21. Februar statt. Damals wurden von mir bedeutende Ergänzungen der

zweite Ausschussung fand am 8. März statt, die dritte Beratung am 24. März. Dann wurde das Kapitel wieder zurückgestellt bis zur Beratung von Kap. 80, das die Steuerbedarfsfrage behandelt. Inzwischen kam eine Sitzung, in der ein vertrauliches, sehr schwarzgezeichnetes Steuerexposé des Dr. Finanzminister nach dem Stande vom 3. April gegeben werden sollte. Danach fand die vierte Beratung am 2. April statt, in der die vorliegenden Beschlüsse gefasst worden sind. Sie sehen also, daß wir uns in langen Monaten und in langen Beratungen mit diesem Kapitel beschäftigt haben und daß wir dazu schließlich noch langem Hin und Her zu den Erhöhungen gekommen sind, die nun heute mit 2 066 000 M. vorgeschlagen werden. Inzwischen ist auch das Budgetkap. 20 im Ausschuss verabschiedet worden; letzten Dienstag, den 18. Juni ist in Tit. 6, Anteil der Sachsen an der Reichseinkommensteuer und Körperschaftsteuer statt der 500 Mill. jetzt 750 Mill. M. eingeleitet worden. Auch im Nachtragsetat stehen schon wieder 270 000 M. für dieses Kapitel. Trotzdem haben wir die bringende Erwartung, daß im Nachtragsetat diese Summe von der Regierung weiter erhöht wird, und wir haben deshalb davon abgesehen, am letzten Dienstag, nachdem uns die erfreuliche Mitteilung gemacht worden war, nochmals die Einstellungen zu diesem Kapitel zu erhöhen.

Bei einem Vergleich mit Bayern, das ja sogar ein Ministerium für soziale Fürsorge hat, scheiden wir ja recht gut ab. Bayern hat im letzten Jahre im Etat ähnliche Erhöhungen vornehmen lassen. Die Regierungsvorlage forderte 590 000 M. und schließlich wurden in den Beratungen 2 600 000 M. eingeleitet, während wir 2 066 000 M. anfordern. Ich möchte dabei aber nochmals betonen, daß wir es als eine außerordentlich produktive Selbstverwertung des Staates betrachten, wenn wir in der Wohlfahrtsfürsorge vorzugehen und helfen vorsehen. Unangenehm sind ja die Beispiele, wo mangelnde Fürsorge aus Sparmaßregeln sich schwer rächt durch ein löwenartiges Aufschwimmen der Kosten, die ausgeworfen werden an verkommenen Menschen, wo es sich dann meist in einem erblich belasteten Nachwuchs äußert.

Und liegt in der heutigen Zeit um so mehr ob, mit angelegener Aufmerksamkeit und aus echter sozialer Gesinnungseinstellung heraus aus dem Trümmerrumpf, der uns überlassen ist, eine große und umfassende Organisation in sozialer Beziehung aufzubauen, die alle bedürftigen Glieder unserer Volksgemeinschaft zu erfassen und ihnen zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen sucht.

Der erste Titel von Kap. 58 behandelt die Säuglings- und Kleinkinderpflege einschließlich des Mutterhauses. Wenn wir bedenken, daß von zwei Millionen Säuglingen in Deutschland im ersten Jahre wieder 351 000 zugrunde gehen, daß also täglich 1000 Säuglinge sterben, daß täglich 1000 Geburten von deutschen Frauen umsonst geleistet werden, so ist das eine maßvolle Kräfteverwendung im Sinne der Volkswirtschaft. Dieser Tit. 1 umfaßt organisatorisch sämtliche Mutterberatungsstellen in Sachsen, Schwangeren- und Mutterheime sowie die Kinderkrippen und -gärten. Die 13 Mill. M. für Mittelverteilung, die wir, als die 26 Mill. M. für Futtermittel demittelt worden sind, bewilligt haben, sind durch diesen Titel durch die Mutterberatungsstellen mit verteilt worden. Für diese Mittelverteilungen an die geeigneten Mütter waren also für das Jahr 1921 13 Mill. M. eingeleitet und für 1922 je 600 000 M. Dazu kommt die Summe aus der Winter-Einstellung. Wir haben im Ausschusse durchgesetzt, daß sie auf 600 000 M. erhöht werden.

Tit. 2 umfaßt die Jugendwohlfahrt. Dafür sind 76 000 M. eingeleitet. Wir haben sie auf 150 000 M. erhöht. Wir haben vorgeschlagen im Reichstage die zweite Lesung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes erlöbt und aus den Berichten ersieht, daß in § 1 die wichtige Fassung angenommen worden ist:

Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur geistlichen, seelischen und gesellschaftlichen Tätigkeit.

Zugleich ist aber auch im Reichstage mit Recht bewilligt worden, daß man mit 100 Mill. M. die Durchführung dieser Forderung erreichen könnte. Durch den Teuerbruch der bürgerlichen Parteien, die plötzlich anders stimmten, ist dieses Gesetz hinausgeschoben worden, so daß es erst am 1. April 1925 in Kraft treten wird, ja der bewusste schwerwiegende § 71 des Gesetzes, der einen Erziehungsausschuß für die Fürsorgebedürftigen vorsieht, soll sogar erst am 1. Januar 1927 in Geltung kommen. Wir beklagen das außerordentlich. Inzwischen können wir die Vereine, die die Jugendwohlfahrt betreiben, nicht vollständig zugrunde gehen lassen. Es sind 193 Kinderheime, die in Sachsen in Frage kommen, 142 Vereine, 87 Schulgemeinden und 14 Kinderheimen. Es muß im Nachtragsetat hierfür noch etwas getan werden. Die totalen Summen, die in der Abteilung B eingeleitet sind, können zum Teil erspart werden, wenn man vorübergehende Tätigkeiten ausbleiben würde, und das gehört in diesen Titel.

Im Tit. 3, Tuberkulosefürsorge, sind 600 000 M. eingeleitet und für das Jahr 1922 600 000 M. Diese Summe haben wir auf 600 000 M. erhöht. Wir freuen uns, daß die Volkshilfsämter-Batterie genehmigt worden ist und auf diese Weise Gelder herbeikommen. Eine Eingabe vom Sächsischen Heilbäderverein, der um 250 000 M. bittet, haben wir an die Regierung zur Berücksichtigung überwiefen, wissen aber noch nicht, wie die Geldmittel herbeikommen werden.

Titel 4, Krappelfürsorge, ist mit 300 000 M. eingeleitet. Wir haben die Summe auf 320 000 M. erhöht. Auch hier wird die Regierung wahrscheinlich in einem Nachtragsetat noch weitere Summen fordern müssen.

Ein außerordentlich wichtiger Titel ist Tit. 4a, die Geschlechtskrankenfürsorge, die im Jahre 1921 bloß mit 60 000 M. eingeleitet war und für 1922 mit 200 000 M. Diese Summe haben wir auf 300 000 M. erhöht. In Sachsen haben wir das gut organisiert. Wir haben 11 Beratungsstellen, die in den letzten Jahren 17 408 Fälle betreten haben. Das Heilverfahren ist in 2244 Fällen eingeleitet worden und kostete fast 2 Millionen, die allerdings von der Landesversicherungsanstalt Sachsen freiwillig übernommen worden sind.

Eng verbunden mit Tit. 4a ist die Geschlechtskrankenfürsorge, die wir im Ausschusse angeregt haben. Wir hatten zuerst daran, einen Tit. 4b mit der Mittelbewilligung dafür einzurichten, da ja die Geschlechtskrankenfürsorge nicht nur hygienisch zu betrachten ist, sondern einen sehr starken ethischen Einschlag haben muß. Im Plenum hatten wir bei Behandlung des Antrages über den Mädchenhandel ausführlich über eine Organisation mit Pflegeheimen gesprochen, die eine Fürsorge für die Geschlechtskranken über das ganze Land bringen müßte. Damals ist von allen Seiten zugestimmt worden, aber bei der Bewilligung der Geldmittel haben wir gesehen, daß das eine zu kostspielige Angelegenheit wäre und daß man das doch auch in anderer Weise einordnen müßte. Es gehören auf jeden Fall besondere pädagogisch und sozialpädagogisch gebildete Kräfte dazu, die die Geschlechtskranken behandeln. Wir möchten nicht, daß das weiter von Polizeibeamten besorgt wird, und wir möchten auch, daß der Oberarzt, Psychopathenheime und ähnliche Heime — das ist allerdings eine Angelegenheit, die die Gemeinden angeht — für diese Seite der Wohlfahrtsfürsorge in den Vordergrund gebracht werden.

Tit. 5, Erholungsfürsorge, bringt im Jahre 1921 5 000 000 M. und für 1922 sind 7 000 000 M. eingeleitet. Diese Summe haben wir auf 7 800 000 M. erhöht. Davon entfallen allein 2 600 000 M. auf die Wälderfürsorge in Bad Ems. Dazu kommen noch die 1 Mill. aus dem Oberamt, das den Ministerialdirektor Dr. Schmitt im Ministerium des Innern verwaltet hat. Ich habe wenigstens in den Zeitungen gelesen, daß die 1 Mill. für Wälder für Wälderbestände in Bad Ems mit in Frage kommen. Die Eingaben der Gemeinden Dittsch, Rauffenberg, Böhrigen, Fortunaab und Knaustberg auf Einrichtung von Wäldern konnten wir der Konsequenz wegen nicht weiter verfolgen und haben sie auf sich beruhen lassen. Die Kindererholungsfürsorge verdient eine sehr große Beachtung und ich auch in diesem Titel mit enthalten. Die Folgen der langjährigen Unterernährung machen sich bei unserer Jugend noch sehr sichtbar, und weitgehende Fürsorge durch Sendung der Kinder aufs Land, ins Gebirge und an die See ist schon in den vergangenen Jahren vom Wohlfahrtsamt getroffen worden. Von ganz besonderer Bedeutung für die sächsische Erholungsfürsorge ist die Kinderkolonien-Wiederaufbau, der wir eine besondere Jubiläumsgabe von Mitteln durch die Regierung wünschen möchten. Im vergangenen Jahre waren dort 2500 Kinder untergebracht, und wir hoffen, daß es im Laufe dieses Frühjahres und des Sommers 4000 Kindern ermöglicht wird, in Wälder auf Rügen unterzukommen. Über die anderen Erholungsheime möchte ich nicht ausführlich reden. Wir wünschen aber, daß diese Heime vom Staat mehr unterstützt werden in Gemeinnützigkeit mit den Gemeinden, und daß im Nachtragsetat immer wieder das Augenmerk darauf gerichtet wird.

Tit. 6, Samariterdienst, ist nur mit 30 000 M. im Jahre 1921 eingeleitet. Für das nächste Jahr 1922 sind 60 000 M. vorgesehen. Wir haben diese Summe auf 80 000 M. erhöht. Wir wollten die Summe noch höher bringen, hörten aber im Ausschusse, daß demnach eine Zostererkrankung verteilt wird in Höhe von 220 000 M., und da können die sehr teuren Medikamente usw., was die Samariterverbände sonst noch brauchen, davon angeschafft werden. Die Summen, die für Personalverluste abgezweigt werden, werden sich hauptsächlich darauf beziehen, daß besonders die Arbeiter-Samariter Lohnzuschüsse haben, und die Hälfte bezahlt werden. Wir wünschen, daß die bewilligten Gelder paritätisch verteilt werden für die Samariter des roten Kreuzes und die Arbeiter-Samariterkolonnen.

Tit. 7 bringt die Wanderarmenfürsorge mit 16 000 M., davon 8000 M. für die Arbeiterkolonien Schmiedengrün und Pleße, 8000 M. für die Kolonie Taucha bei Leipzig, die übrigens vom Landarmenverband finanziert ist.

Tit. 8 bringt die Trinkerfürsorge mit der lächerlich geringen Summe von 3000 M. Aber wir haben erfahren, daß viel mehr Mittel zur Verfügung stehen, indem aus dem Branntweinmonopol 250 000 M. an den Zentralverband gegen Alkoholismus gegeben werden. Wir wünschen auch, daß die Gelder, die hier für die Trinkerfürsorge eingehen, an Organisationen gegeben werden, die die Propaganda gegen den Alkoholismus auf ihrer Fahne haben, etwa an die Arbeiterjugend, an den Jugendring und ähnliche Vereine.

Tit. 9, Straftatklaffenfürsorge, ist mit 50 000 M. eingeleitet. Das Ziel der Straftatklaffenfürsorge ist die Verhütung des Rückfalls durch sittliche Erziehung, wirtschaftliche Selbstständigkeit und vor allem durch Wiederbelebung des Selbstbewusstseins. Wir haben 40 Fürsorgevereine, die sich damit beschäftigen. Diese Fürsorgearbeit für die Straftatklaffen sollte in den weitesten Kreisen durch persönliche Arbeit unterstützt werden, und auch die Betriebsräte sollten sich den Straftatklaffen, wie sie es auch schon tun, besonders widmen.

In Tit. 10 sind verschiedene Einrichtungen für Wohlfahrtsfürsorge mit 17 000 M. eingeleitet.

Tit. 11 hat dann wieder unser besonderes Interesse gefunden; da sind 106 600 M. eingeleitet für Hilfskräfte im Dienste der Wohlfahrtsfürsorge. Für das Jahr 1922 sind 150 000 M. eingeleitet und das haben wir erhöht auf 230 000 M., und zwar verlangen wir, daß paritätisch die Hälfte an die Vertreter der Arbeiterwohlfahrtsfürsorge gegeben werden sollte. Man hat sich auch bereit erklärt, dem Landeshaupt für Arbeiterwohlfahrtsfürsorge im Einkommen mit dem Landesamt für Wohlfahrtsfürsorge noch fehlgelegten Gewerkschaften und Reichsämtern diese Summe zu verabfolgen. Wir haben uns aber gewundert, daß darüber im Etat nichts vermerkt worden ist, nachdem im letzten Jahre der Dr. Abg. Franz ausdrücklich auf die Arbeiterwohlfahrtsfürsorge hingewiesen hatte. Der Arbeiterwohlfahrtsausschuß ist ähnlich wie das Landesamt gegliedert; ihm sind eine größere Anzahl Unterausschüsse, Fachausschüsse und Kommissionen angegliedert, so z. B. die seit über 20 Jahren hier sehr erfolgreich arbeitende Kinderkommission. Bezüglich dieses Arbeiterwohlfahrtsausschusses ist durch eine Verordnung vom 20. November 1920 vom Arbeitsminister Brauns be-

schrieben gegenüber empfohlen worden, daß die nachgeordneten Organe des Arbeiterwohlfahrtsausschusses und je mehr für die Arbeiter der Wohlfahrtsfürsorge mit zu berücksichtigen seien. Der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrtsfürsorge bezweckt die Unterstützung der Arbeiter bei der Arbeiterwohlfahrtsfürsorge, um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterkraft durchzuführen. Im besonderen will er die gesetzliche Regelung der Wohlfahrtsfürsorge und ihre sachgemäße Ausführung fördern.

Tit. 12 bringt 1 500 000 M. für einen anteiligen Zuschuß des Freistaates Sachsen für die Kosten der Verteilung der ausländischen Liebesgaben, künftig wegfällig. Diese Kosten werden zwangsständig reguliert und haben bei ungefähr 60 Mill. M. Wert der Gaben des Auslandes im Jahre 1921 1 500 000 M. betragen. 1922 betragen sie leider nur noch 600 000 M. Daran setzen wir, daß eine sehr bedeutende Verminderung der ausländischen Gaben eingetreten ist, und hier müßte allerdings der Antrag des Abg. Scheller betreffs der Schuldenberücksichtigung werden. Wir werden diesen Antrag später noch zu behandeln haben.

Als letzter Titel der Abteilung A sind 25 000 M. für die Hygienische Volksbelehrung eingeleitet; die Summe ist bei den jetzigen Druckmaschinenpreisen viel zu gering, wenn sie auch nur einen Zuschuß an den Landesauschuß für hygienische Volksbelehrung darstellt, der mit dem National-Hygiene-Museum zusammen geht. Er gibt Merkblätter heraus, er will jetzt zwei Filme laufen lassen für hygienische Volksbelehrung, veranlaßt Aufstellungen und Forträge usw. Wir werden uns freuen, wenn im Nachtragsetat hierfür noch eine Einstellung gemacht würde.

In der Vorlage Nr. 81, also in dem Etat für 1922, finden wir dann noch den Tit. 13 mit einer Ausgabe von 30 000 M. für das Landesamt für Wohlfahrtsfürsorge, das den organisatorischen Zusammenhang der amtlichen Wohlfahrtsfürsorge darstellt. Dieses Landesamt ist auf Grund von § 3 der Ausführungsverordnung vom 4. Februar 1919 (Gesetz- und Verordnungsbl. S. 19) zum Gesetz über die Wohlfahrtsfürsorge vom 30. Mai 1918 beim Ministerium des Innern gebildet worden und gibt jetzt auch Blätter für Wohlfahrtsfürsorge heraus. Wer die Arbeit des Landesamtes verfolgt hat, muß durchaus seine Anerkennung für die Art ansprechen, wie das Landesamt bis jetzt organisatorisch zu arbeiten bemüht ist, so daß, wenn ihm größere Mittel zur Verfügung kämen, doch die Hoffnung besteht, daß wir eine Durchorganisation der Wohlfahrtsfürsorge im ganzen Lande im nächsten Jahre zu gewährleisten können.

Damit läßt ich in Abteilung B, Fürsorgeerziehung, die nur den einen Titel hat. Die Summe war für 1920 mit 1 Mill. angelegt; sie betrug im Jahre 1921 bereits 7 280 000 M., und 1922 ist sie auf 8 207 000 M. vorgesehen, was aber nicht einmal ausreichend sein wird, da die Summen, die die Verpflegung in den Anstalten enthalten, sich zwangsständig durch den Salutarität erhöhen werden. Hier möchte ich meinen eingangs erwähnten Hinweis anerkannt wissen, daß jede Erziehungsunterstützung bei weitem rentabler und sparsamer ist als die Verpflegungsbekämpfung in den Vorbergründen zu schließen ist. Über das Fürsorgewesen an sich haben hier im Ausschusse längere Debatten stattgefunden. Es ist uns verschiedenes zu Ohren gekommen, was auf Schwierigkeiten deutet. So wurden im Ausschusse Klagen vorgebracht über schlechte Verpflegung der Höglinge, z. B. im Marienstift bei Rastbach bei Oelsitz (die Ältern sollen noch beim Gericht sein), dann in Sande und schließlich gegen 10- bis 11-jährige Kinder aus Johanneergeorgenthal von Ruc bis Lauter gefesselt geföhrt worden sein; das würde natürlich jeder pädagogischen Behandlung hohnsprechen, wenn es sich demehrheiten würde. Sehr wichtig ist auch, daß die weitere Betreuung des Höglingen, nachdem er eventuell aus der Anstalt entlassen worden ist, nicht aufhört, und da wäre das erwünscht, daß sich genügend Kräfte hierbei zu Verfügung stellen, die mit Liebe und Ausdauer als Fürsorge- und Fürsorgeinstanzen diesen jungen Menschen weiter bewachen und die, wenn möglich, aus dem Milieu des Höglingen hervorgegangen sind, so daß sie ihn gut verstehen und auf ihn einwirken können. Ich glaube, daß man durch den Durchführungs der Nachpflege und durch Vorbergründungsarbeit vieles erreichen könnte. Man hat da-auch den Punkt mit in die Wagschale geworfen, daß eine größere Kostenübertragung stattfinden müßte, da ja die Eltern der Fürsorgehöglinge auch zu Hause diese Kinder ernähren müßten und folglich auch in den Anstalten mehr betragen müßten als sie es tun. Allerdings wird dadurch die Arbeit in den Anstalten noch mehr erschwert, weil dann die Eltern noch gereizter gegen die Anstalten werden und ihre Kinder, auch wenn sie durchaus noch nicht als erzogen zu betrachten sind, wieder heraus haben wollen.

Schließlich haben wir in der Abteilung C, Kleinrentnerfürsorge — das steht allerdings nicht mit im Antrag, aber ich möchte es doch erwähnen — die 6 Millionen einfach befestigt, die für 1921 bereits am 24. Juni v. J. bewilligt worden sind. Für 1922 haben wir eine neue Regelung nicht vorgeschlagen, sondern dem Nachtragsetat überlassen wollen, weil da noch sehr ungeklärte Verhältnisse sind. Das Reich wird für nächstes Jahr 200 Millionen zur Verfügung stellen unter gewissen Bedingungen, daß das Land einen gewissen Anteil dann auch zu übernehmen hat. Ich beantrage:

- Der Landtag wolle beschließen:
1. bei Kap. 58 des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 die Überschreitungen nach der Vorlage zu genehmigen;
 2. bei Kap. 58 Abt. A, B und C der ordentlichen Staatshaushaltspläne a) auf das Rechnungsjahr 1921 die Einstellungen nach der Vorlage Nr. 80 zu genehmigen und als unbedingte Übertragbar zu erklären,

b) auf das Rechnungsjahr 1922 die Einstellungen in Mill. A

Tit. 1 auf 600 000 M.,	
• 2 - 150 000 „	
• 3 - 650 000 „	
• 4 - 325 000 „	
• 4a - 300 000 „	
• 5 - 730 000 „	
• 6 - 80 000 „	
• 11 - 230 000 „	

zu erhöhen und im übrigen die Einstellungen bei Kap. 58 Abt. A und B nach der Vorlage Nr. 81 zu genehmigen;

3. die Eingaben
- a) des Sächsischen Heimstättenvereins für Lungenkranke,
 - b) der Leipziger Zentrale für Jugendfürsorge
- der Regierung zur Kenntnisnahme zu überwiefen;
- die übrigen Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Im Ausschusse wurde noch folgender Minderheitsantrag der Kommunisten gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

für den ordentlichen Staatshaushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1922 bei Kap. 58 Abt. A folgende Erhöhungen der Einstellungen vorzunehmen:

bei Tit. 1 von 600 000 auf 1 000 000 M.,	
• 2 - 76 000 - 300 000 „	
• 3 - 600 000 - 1 000 000 „	
• 4 - 300 000 - 500 000 „	
• 4a - 300 000 - 400 000 „	
• 5 - 700 000 - 1 000 000 „	
• 6 - 60 000 - 100 000 „	
• 11 - 130 000 - 260 000 „	

Diesen Minderheitsantrag bitte ich abzulehnen.

Zur Begründung der Anfrage Nr. 529 erhält das Wort

Abg. Scheller (Rom):

Auf unsere Anfrage vom 19. Januar, Druck-Nr. 529, ist, soweit uns nachträglich bekannt wurde, am 1. April von Seiten der Regierung an das Landtagspräsidium eine Antwort ergangen. Leider hielt der Dr. Landtagspräsident diese Angelegenheit nicht für so wichtig, daß sie auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung gestellt werden könnte. Erst auf unseren nachdrücklichen Widerspruch hin ist es gelungen, daß diese Sache behandelt wird. Er war der Meinung, es handle sich hier um einen Einzelfall, während wir aus den Erfahrungen, die jederzeit mit solchen Fürsorgeanstalten gemacht worden sind, glauben, daß es sich hier nur um einen Ausbruch der Bandaldischen Zustände in diesen Anstalten überhaupt handelt. Verabte dieser Vorfall müßte der Regierung zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, in diese Dunkelheit der einzelnen Fürsorgeanstalten einzuzulichten, und wir müssen schon sagen, die Art, wie von Seiten der Regierung die ganze Untersuchung geführt worden ist, widerspricht durchaus dem, was wir erwarten hätten. Wir sind der Meinung, die Kinder, die aus der Fürsorgeanstalt im Jagarowst in Johanneergeorgenthal entlassen sind, haben doch ihre bestimmten Gründe dazu gehabt. Es handelt sich um drei Knaben im Alter von 9-12 Jahren, und zwar sind sie aus Werbau und Stempel bei Werbau. Ich bekam dieser Tage einen Brief, worin die Mütter sich darüber beklagen, daß in dieser Anstalt die Kinder unerhört geprügelt worden sind.

Wir wissen aber, daß nicht nur in dieser Anstalt, sondern auch in anderen Anstalten furchtbar gerüttelt wird, daß auf der anderen Seite ein sehr hohes Maß von Arbeit verlangt wird und das Essen unter aller Kritik ist. Diese Erscheinungen, die nicht vereinigt sind, lassen doch die Notwendigkeit klar erkennen, daß von den Erziehungsvereinen unbedingt diese Befugnis, schwer erziehbare Kinder überhaupt zu übernehmen, weggenommen werden muß und daß diese Erziehungsform unter öffentliche Kontrolle zu stellen ist. Ich warde die Antwort, die heute die Regierung gibt, um näher auf den Fall in Johanneergeorgenthal einzugehen. Jedenfalls hat man in der ersten Antwort nicht untersucht, welche Zustände die Kinder überhaupt veranlaßt haben, aus der Anstalt zu fliehen, so daß ein Kind z. B. viermal aus der Anstalt geflohen ist. Man hat nicht danach gefragt, wie es zugegangen, daß ein Knabe versucht hat, sich aufzuhängen, und es bereits am Entsch gehen hat und dann befreit wurde. Man hat nicht untersucht, wie steht es mit den Lehrkräften an dieser Anstalt? Wenn man weiter die Art der Arbeiterziehung untersucht, die dort betrieben wird, hätte man sehr leicht feststellen können, daß es sich lediglich um die größte und schlimmste Art der Ausbeutung handelt, die mit diesen Kindern betrieben wird. Wir wissen, daß die Arbeitszeit übermäßig lang ausgedehnt wird, daß diesen Kindern unter ungesunde Arbeitslast aufgebürdet wird, und daß auf der anderen Seite alles fehlt, was der Erziehung der Kinder überhaupt dienen könnte. Jedwede Freundlichkeit wird ausgekalltet. Es geht nur nach dem bloßen Vergeltungspunkte. Es kommt bei diesen Anstalten nicht darauf an, ihnen irgendwelche etwas Nützliches zu ersparen, den Höglingen den Weg zu ebnen für ein freundliches Leben. Es kommt darauf an, möglichst viel aus ihrer Arbeitskraft herauszuholen und sie als ungeheure Werkzeuge möglichst viel zu prägen. So läßt sich auch erklären, daß die Erziehungsresultate in solchen Anstalten viel geringer sind als die Ergebnisse, die wir in Anstalten sehen, wo ein Mensch vorsteht, der weiß, daß diese Kinder einer besonderen Fürsorge bedürfen, wie sich in dem Erziehungsheim Lindenhof bei Berlin gezeigt

(Fortsetzung in der Vorlage.)

6. Zweite Beratung über Kap. 73 (Finanzministerium) des Rechenschaftsberichts auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 538.)

7. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 137, den Entwurf einer Verordnung über eine weitere Erhöhung der Sätze in der durch Verordnung vom 19. März 1900 (GBl. S. 231) in Verbindung mit der Verordnung vom 2. Juni 1921 (GBl. S. 147) festgesetzten Gebührenordnung für Ärzte, Chemiker, Pharmazeuten und He-

kommen bei gerichtlich-medizinischen und kriminalpolizeilichen Einrichtungen betz. (Schluß der Sitzung 7 Uhr 5 Min. nachm.)

**Beim Landtage
neu eingegangene Drucksachen:**

Nr. 140. Vorlage, betreffend Erhöhung des für den Erweiterungsbau der Uhrmacherschule Glashütte genehmigten Darlehns.

Der Landtag hat durch die Verabschiebung des die gewerblichen Schulen betreffenden Kap. 50b

des Staatshaushaltsplans 3 1/2 Mill. M. als Darlehen für einen Erweiterungsbau der Uhrmacherschule Glashütte genehmigt. Bei der inzwischen eingetretenen weiteren Preissteigerung läßt sich der Bau mit den bisher vorgesehenen Mitteln nicht mehr durchführen und die Uhrmacherschule hat sich mit der Bitte um eine Erhöhung des Darlehns an die Regierung gewandt. Das Wirtschaftsministerium hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium eine Verdoppelung des Darlehns zugesagt, und der Bau hat begonnen.

Der Landtag wird ersucht,
1. den Betrag von 3700000 M. bei Kap. 50d unter Tit. 9a des Staatshaushaltsplans für 1921 auf 7200000 M. zu erhöhen und

2. die Regierung zu ermächtigen, über den für die Uhrmacherschule in Glashütte vorgesehenen Betrag unerwartet der Verabschiebung des Staatshaushaltsplans zu verfügen.

Daß die Genehmigung des Landtags erst nachträglich eingeholt wird, wird damit begründet, daß ein weiteres Hinausschieben des Baubeginns den Bau weiterhin verteuert haben würde, und wird insofern gerechtfertigt erachtet, als sich der Landtag bereits in seiner Sitzung vom 25. November 1921 in der Haushaltsausschuss A wiederholt und ausdrücklich für einen Erweiterungsbau der Uhrmacherschule ausgesprochen haben.

Hand...
an...
Reich...
heißt...
jeden...
fassung...
der die...
und in...
Englän...
den...
Darin...
ichtig...
Fall...
darau...
ob se...
gefäll...
Obert...
von...
Stadt...
schieb...
grüßt...
Emp...
träg...
...
thema...
einan...
Sibel...
bigun...
Die...
...
dung...
natig...
zwise...
lassen...
Rehe...
Zeit...
...
Gom...
dort...
sachv...
des...
sei...
woch...
rung...
Finan...
sowie...
schwe...
recht...
keine...
miffi...
tatist...
gewi...
miffi...
ihre...
das...
mit...
...
den...
bere...
geh...
...
ist...
beru...
mäh...
liefe...
...
seine...
von...
einer...
werd...
Cit...
wied...
Sch...
sch...
Wes...
...
Sch...
län...
Gee...
sei...
der...
Ge...
wenn...
werd...
der...

